

Um-fair-teilen vor dem Landtag

Equal Pay Day: Immer noch verdienen Frauen bundesweit 22 Prozent weniger

Anlässlich des diesjährigen Equal Pay Days am 21. März beteiligte sich die Fraktion DIE LINKE an der Aktion des Landesfrauenrats gemeinsam mit anderen Fraktionen vor dem Landtag in Erfurt mit einer symbolischen Übergabe von Geldsäcken, um zu verdeutlichen, dass genügend Geld da ist, es allerdings von den Männern zu den Frauen um-fair-teilt werden muss.

Immer noch verdienen Frauen bundesweit 22 Prozent weniger als Männer und müssen 80 Tage länger arbeiten, um auf die gleiche Lohnsumme zu kommen. Im öffentlichen Dienst liegt der Lohnunterschied bei sechs Prozent, in der Privatwirtschaft beträgt die Differenz 24 Prozent. Besonders groß werden die Unterschiede, wenn die Karriereleiter, der Bildungsabschluss und das Alter ansteigen.

„Damit wollen wir uns nicht abfinden“, sagte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion. „Wir brauchen neben gerechten Lohneinstufungen für gleichwertige Arbeiten auch ein Verbandsklagerecht, um vielfach missachtete Ansprüche umfassend durchzusetzen.“ Die LINKE schließt sich auch der Forderung des Deutschen Juristinnenbundes an. Dieser verlangt ein Gesetz zur Durchsetzung von Entgeltgleichheit in Tarifverträgen und betrieblichen Entgeltsystemen, da die selbstverantwortliche Prüfung der Entlohnung durch Unternehmen und Tarifvertragsparteien bislang zu keiner Änderung der Entlohnung geführt habe.

Mindestlohn: Keiner darf ausgeschlossen werden

Der Mindestlohn ist nach langen Kämpfen endlich erreicht, bis zu 300.000 Menschen in Thüringen könnten mittelfristig profitieren. Ein uneingeschränkter Grund zum Jubeln ist die Einigung im Bund trotzdem nicht. Die berechnete Forderung nach gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Ar-



beit werde durch die Ausnahmen konterkariert: „Insbesondere die Schlechterstellung von Langzeitarbeitslosen erhebt die Mindestlohnregelung zur Farce. Menschen, denen seit Jahren gesellschaftliche Teilhabe verwehrt wird, die immer wieder an den Rand gedrängt werden, wird so noch mal gesagt: Ihr seid weniger wert. Das ist ein Skandal“, so Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Auch die Ausnahme von Praktikantinnen und Praktikanten ist, wenn überhaupt, nur für zeitlich begrenzte Schülerpraktika nachvollziehbar. Der jetzige Vorstoß wird jedoch dazu führen, dass die „Generation Praktikum“ weiter aufgebläht wird. Gerade Studierende und junge Menschen kurz nach dem Abschluss werden noch weiter in unbezahlte Dauerpraktika gedrängt werden. Gleichzeitig meldet die Thürin-

ger Friseurinnung, dass in Teilen der Branche der äußerst geringe Mindestlohn von 6,50 Euro weiter unterlaufen wird. Dennoch sieht das Hauptzollamt Erfurt keine Möglichkeit von Kontrollen. Ina Leukefeld: „Ein Mindestlohn wird zur Farce, wenn er nicht entschlossen durchgesetzt wird. Wenn Friseurinnen und Friseure weiterhin unter dem Minimallohn von 6,50 Euro liegen, muss das entschlossen bekämpft werden und für die verantwortlichen Unternehmerinnen und Unternehmer Konsequenzen haben. Gegebenenfalls muss das Hauptzollamt Erfurt eine anonyme Beschwerdestelle einrichten, um solchem Lohndumping auf die Schliche zu kommen!“

Für DIE LINKE steht fest, dass der beschlossene Mindestlohn nur ein erster Schritt sein kann: „Dieser Mindestlohn ist in seiner Höhe nicht existenzsichernd, er lässt eine Million Niedriglohn-Betroffene im Stich und wird dann vielleicht noch nicht mal angemessen kontrolliert. Wir bleiben dabei: mindestens 10 Euro brutto pro Stunde allgemeinverbindlich und für alle, bei klaren Kontrollen gegen Lohndumping.“

Waldverkauf löst Finanzprobleme nicht



Der Präsident des Thüringer Rechnungshofs hatte im Rahmen der überörtlichen Kommunalprüfung auf eine zweckwidrige Verwendung von Erlösen aus Kommunalwaldverkauf verwiesen und eine Änderung des Waldgesetzes vorgeschlagen. Er gab die Empfehlung, den Kommunen einen größeren Freiraum bei der Verwendung der Erlöse zu gewähren.

Über die daraus resultierenden Gefahren und deshalb notwendigen Schlussfolgerungen informierten Tilo Kummer, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, und Steffen Harzer, (Noch-)Bürgermeister der Stadt Hildburghausen, in einem gemeinsamen Pressgespräch im Thüringer Landtag am 18. März.

sagte Tilo Kummer, denn Kommunen, denen es finanziell schlecht geht – und das sind nicht gerade wenige in Thüringen – seien haushaltsrechtlich gezwungen, alle zulässigen Einnahmequellen auszuschöpfen.

Andererseits bestehe bei Privatisierungen die Gefahr einer eher jagd- und wildorientierten Waldbewirtschaftung statt der notwendigen nachhaltigen Herangehensweise.

Steffen Harzer hob angesichts der derzeitigen Holzpreise die relativ sicheren Einnahmen der Kommunen aus dem Holzverkauf hervor. Dagegen könnten einmalige Erlöse aus dem Waldflächenverkauf die strukturellen kommunalen Finanzprobleme nicht lösen.

DAS LETZTE ...

von **Stefan Wogawa**

Hirn weg, Hose voll

„Angst essen Seele auf“, so lautet der Titel eines berühmten Films von Rainer Werner Fassbinder von 1974. Bestätigt werden Fassbinders Worte (ein Filmzitat) durch das derzeitige Agieren von CDU und FDP in Thüringen. Allerdings mit einer Ergänzung: womöglich auch das Hirn.

Angst haben beide Parteien. Die CDU fürchtet, im September nach 24 Regierungsjahren auf die Oppositionsbank wechseln zu müssen – für zahlreiche partei-, fraktions- und regierungsamtliche Protagonisten offenbar eine Katastrophenvorstellung. Keine Lottoschecks mehr überbringen können, dieses Horrorszenario macht offenbar so manche CDU-Abgeordneten hose voll. Vom selbstgesteckten Ziel eines Wahlergebnisses von „40 Prozent plus x“ redet dort kaum noch jemand. Für die FDP geht es gleich um alles: mit (bis zu) zwei Prozent bei Wahlumfragen rangiert sie inzwischen unter „sonstige Parteien“ und ist vom Wiedereinzug in den Landtag so weit entfernt wie von glaubwürdiger Sozialpolitik.

Es regiert die nackte Angst, beide setzen auf hektische Irrationalität und Populismus. Seit dem Programmparteitag der Linkspartei heißt es auf der Homepage der hiesigen CDU, die Konkurrenz wolle „Thüringen von den Füßen auf den Kopf stellen“. Nein, beruhigen Sie sich, daran ist nicht gedacht! Eine Regierung ohne die Schuldenkönige und -königinnen der letzten Jahre bedeutet nicht den Untergang Thüringens, auch wenn die CDU, die sich als Staatspartei fühlt und „Thüringenpartei“ nennt, wahre Kopfstände macht, um diesen Eindruck zu erwecken.

Die FDP geht geradezu auf in ihrer wachsenden Bedeutungslosigkeit. Sie wütet in der Plenarsitzung gegen ein Thüringer Korruptionsregister, bringt schlecht als Argumente getarnte Anwürfe vor, denen sich – mit Verlaub – wohl auch die Mafia anschließen könnte.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.